

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE

Zum Verkehrsordnungsartikel

-an- Man möchte sagen, es sei ein Glück, dass in nächster Zeit wieder einmal eine Abstimmung die Gemüter erhitzt und der Volksmündung ein Ventil für das Ausblasen verschiedener Erregungen verschaffen werde. Da sind die «173» publiziert worden, welche anno dazumal die Knebelung der Schweizer Presse durch den Bundesrat wünschten und eine Eingabe an ihn richteten... nun weiß man doch, wen man anprangern darf und braucht sich nicht mehr am Bundesrat zu reiben. Aber die Abstimmung wird den Zweck doch noch besser erfüllen und zudem die Gedanken wieder auf wirtschaftspolitische Prinzipien statt auf den Boden der Gesinnungskritik richten. Das ist so das Gefühl, das man beim Zuschauen erhält.

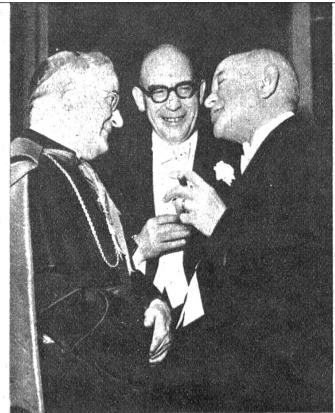
Soll man «Ja» stimmen? Soll man «Nein» sagen? Es handelt sich ja zunächst «nur um einen Paragraphen der Bundesverfassung», welcher dem Bunde das verfassungsmässige Recht gibt, eine «Ordnung» zu begründen, welche er während der letzten Jahre schon provisorisch, auf Grund der Vollmachten, errichtet hatte. Dies wird von den Beifürwortern in den Vordergrund gestellt, und die Parteien stimmen fast mit Einmütigkeit dieser Feststellung zu. Sie sagen auch, dass es ohne eine solche Regelung auf die Dauer nicht gehen werde. Grundsätzlich ist natürlich zu sagen, dass man sich entscheiden muss, ob man der «freien Konkurrenz der Verkehrsmittel» oder einem Eingriff der Staatsgewalt in diesen Konkurrenzkampf eine heilsame Wirkung auf das Leben der Gesamtheit und jedes Einzelnen zutraut. Es geht also wirklich um die Parolen: «Hie Liberalismus», «Wirtschaftsplanung». Aber es geht nicht ohne weiteres, wie die radikalen Gegner es gewollt haben, um «Liberalismus» oder «Estatismus».

Man kann vom Standpunkt des «Eigentums» aus, welches der moderne Staat theoretisch schützt und garantiert, verlangen, dass die in den Eisenbahnen investierten riesigen Vermögenswerte nicht der Gefährdung durch die uneingeschränkte Konkurrenz eines neuen Verkehrsmittels, das heißt aber, durch neue, in diesen Verkehrsmitteln investierte Werte, ausgesetzt werden. Im gleichen Sinne will sich ja auch die Landwirtschaft durch eine eigene Gesetzgebung schützen lassen. Wer den Mut hat, zu erklären, der Schutz des Staates höre dort auf, wo der Konkurrenzkampf beginne, der eben ein echter Liberaler im alten Sinne. In der Abstimmung wird sich erweisen, wie gross der Anhang dieser Lehre heute noch sei.

Praktisch gibt es keine «unbedingt liberale» Partei mehr, was Wirtschaftsfragen angeht. Das hat auch der schweizerische freisinnige Parteitag in Zürich bewiesen. Mit grossem Mehr gegen eine Minderheit von 22 Stimmen wurde dem Verkehrsartikel zugestimmt. Interessant ist, dass sich die Hauptargumente dieser Minderheit fast ausnehmen wie die Forderung des Schutz suchenden Schwächeren gegen die stärkeren Bahnen, so dass man sagen könnte, der Verkehrsartikel könnte auch den Schutz für neu aufkommende Verkehrsmittel venterilieren!

Nach dem Sturze de Gaulles

Muss man von einem freiwilligen Rücktritt des französischen Befreier-Generals de Gaulle reden, oder darf man mit seinem Abgang die Vorstellung eines Sturzes verbinden? Es kommt drauf an, ob man annimmt, er habe die be-



Rechts: Einer Order von MacArthur zufolge musste seine diplomatischen Beauftragten mit dem gesamten Ausland auch mit der Schweiz, über Am Bahnhof von Bern die Freunde Abschied nehmen nach dem Fernen Osten reisenden Diplomaten

Rechts aussen:

Am Londoner Schachturnier in zwei Gruppen ausgetragen, hat sich Schweizer Christoffel (Basel) nach oben an die Spitze der Gruppe zu stellen vermocht. Um zeigt Christoffel (links) Spiel (ATP)



Nach sechsjährigem, kriegsbedingtem Unterbruch fand in Bern erstmals wieder das grosse Diplomaten-Diner statt, das gesellschaftliche Stelldichein der in der Bundesstadt akkreditierten diplomatischen Persönlichkeiten, sowie der Vertreter der Armee, Eidg. Räte und der Bundesverwaltung. Unser Bild: Links Msgr. Bernardini, der Vertreter des Heiligen Stuhls; Dr. Feissli, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft, und rechts Nationalratspräsident Robert Grimm (Photopress)

In Bern ist als neuer Pfarrer ans Münster der jetzige Pfarrer der Gemeinde Oekolampad, Basel, Dr. h. c. Walter Lüthi von Lützelflüh, geboren 1901, gewählt worden (ATP)

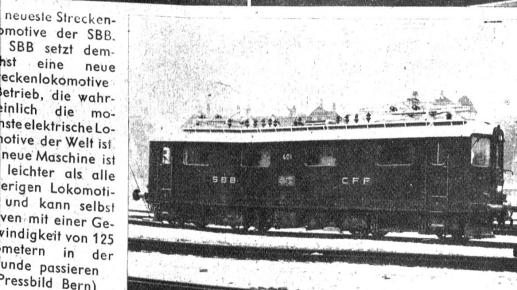


Schinznach-Dorf die siebenjährige Landwirtschaftsschule Hilt-d-Hartmann, die dreimal gesund geboren wurden, nunmehr gar nicht zur Welt gekommen, und zwar ohne menschliche Hilfe. Die drei Kälbchen entwickeln sich gut (ATP)



Die belgische Königsfamilie Gstaad. Bei einer Grillfeier erkennen wir König Leopold III. seiner Gattin, der Prinzessin Rethy mit dem dreijährigen Sohn Alexander, ihnen gegenüber die achtzehnjährige Kronprinzessin Josephine Charlotte und dem König den Kronprinzen Baudouin (15 Jahre), dessen elfjähriger Bruder Prinz Philippe verdeckt (ATP)

Links: Am Sonntag Ständeratssaal bestehenden Jugendpartei. Nach Bereinigung der Partei wurde die Vereinigung der schweizerischen Jugendparteien gegründet. Die Jugendpartei beweckt die Sicherung der Jugend im Sinne einer kreativen Zusammenarbeit (Photopress)



Unten: Ein Schweizer trinkt heute gleich viel Milch und isst mehr Käse wie vor dem Krieg. 100 000 Liter Milch geprüft und weiterverarbeitet werden (Pressbild Bern)

RUND SCHAU

stehenden Schwierigkeiten als unlösbar angesehen und das Staatschiff Leuten überlassen, die nach seiner eigenen Ansicht mehr als er selbst vermögen würden, oder ob man der Ansicht ist, er gedenke wiederzukommen, wenn sich seine Nachfolger verbraucht und genügend diskreditiert haben. Nach den Meldungen über sein Abtreten hofft er ... oder fürchtet vielleicht ... dass das Zweite geschehen werde, und dass man bald wieder nach ihm als dem «starken Mann» rufen werde. Er «fürchtet es», sagen wir, denn er sieht Frankreich in schwerer Krise und hat bisher bewiesen, dass er das Wohl des Landes über seinen eigenen Ehregeiz und Geltungswillen zu stellen vermochte. So wird er denn halb und halb hoffen, sein Kampfgenosse Gouin werde den Weg aus der Wirrnis finden; als «Befreier» hat der General wahrhaftig für sein Land das Grösste geleistet, was ein Mann kann. Er darf es sich leisten, auch einem andern Lorbeer zu gönnen. In dieser Gestalt bietet sich das beste mögliche Bild seines Rücktritts.

Man kann aber auch andere Deutungen der mancherlei Geschehnisse der letzten Woche finden. *Die von de Gaulle berufenen Minister vermochten nicht, der wirtschaftlichen Krise Herr zu werden*, und der Chef der Regierung schlug sich mit den Parteien innerhalb und außerhalb des Kabinetts um Fragen, welche etwas anderes als die Ursache der Krise betrafen. *Er wollte nicht, dass die Regierungsaufträge für die Armee geschmälert würden*, und er wollte nicht, dass in der Verfassungsfrage andere Ansichten als die seinen in Paragraphen gegossen werden könnten. Leidet aber ein Land an allen möglichen Gütern, wird es von einem Währungszerfall erschüttert, entgleitet der Regierung das Vertrauen der öffentlichen Meinung, weil die Wirtschaft nicht funktioniert, dann gibt es keine andere Aufgabe, als sich mit allen Kräften in die wirtschaftlichen Fragen zu stürzen. Und eben das hat dieser im Grunde unpolitische Mann, der in der Nationalökonomie eine Angelegenheit sekundärer Ordnung erblickt, unterlassen. Dass er also den Kräften wünscht, welche er in ihrer eigentlichen Bedeutung nicht erkannte, erlaubt, zu sagen, er sei gestürzt worden. Die Erfolge oder Misserfolge seiner Nachfolger werden offenbaren, ob man mit Recht diesen Ausdruck verwenden darf.

Felix Gouin, Rechtssozialist, aber zugleich Vertrauensmann des MRP, von den Kommunisten selbst als der einzige «über den Parteien stehende» Mann erklärt, hat also aus Leuten der drei Siegerparteien aus den letzten Wahlen ein neues Kabinett gebildet und sich auf ein Programm verpflichtet, von welchem Frankreich in den nächsten Wochen sein Heil erwartet... und hoffentlich auch erhält.

Ein Sparprogramm,

wie es Felix Gouin verkündet, ist nicht immer heilsam. Wir haben ein blutiges Exempel aus der Zeit der niedergeschlagenen Weimarer Republik vor uns. Als damals die erste Mark-Milliarden im Budget fehlte, wurde sie eingespart, indem allenhalben Ausgaben beschnitten, Einkommen von Angestellten und Arbeitern gekürzt und ein «buchhalterisches Gleichgewicht» ausgerechnet wurde. Wir erinnern uns, wie wir damals, noch vor Hitler, prophezeiten, das Loch würde nur grösser werden. Und siehe, es wurde grösser. Nach einem weiten Jahre fehlten im Staatsbudget zwei statt nur einer Milliarde. Denn die Drosselung der Einkommen bedeutete Drosselung der Wirtschaft und da-



Der zweite Halbfinal der Schweiz. Gerätemeisterschaft in Bellinzona. Sieger wurde Weltmeister Michael Reusch, der sich auch gleich an die Spitze des Gesamtklassements setzte. Unser Bild: Turnlehrer Pelli, der bekannte, ehemalige Stutzer-Mattheuer, begrüßt die drei Ersten des Bellinzoner Kampfes: Von links nach rechts: Schürmann (Zürich), Reusch (Bern) und Frei (Schaffhausen)



Neue Verbands-Skimeister: Ueber das Wochenende trugen die verschiedenen regionalen Skiverbände ihre Verbandsmeisterschaften in der Vierer-, teilweise Dreierkombination, durch. Oben von links nach rechts: Schürmann (Zürich), Reusch (Bern) und Frei (Schaffhausen)



Im Zürcher Hallenstadion kam das internationale Handballturnier zum Austrag, das sich über 2 Tage erstreckte und einen rein schweizerischen Endkampf sah. In diesem verlor Zürich I über Aarau den Sieg davonzutragen

mit der Steuereingänge. Der Mut, «Schulden auf Schul zu häufen, um der Schulden Meister zu werden», fehlte im Reichstag ausschlaggebenden Sozialisten. Sie stimmten für das geköpfte Budget und bereiteten Hitler den Weg von allen übrigen Fehlern ihrer Politik ganz abgesetzen. Die Frage erhebt sich, ob Gouins Sparprogramm ähnliche Werte wie das grosse «Irrtumsbudget des Reiches»?

Wir glauben es nicht. Und zwar aus einem sehr einfachen und jedermann erkennbaren Grunde. Die vorangegangene Krise im Reiche war eine Ueberproduktionskrise. Der Industrie und dem Gewerbe fehlte am halben der Absatz im Inlande. Der ganze Mittelschicht und die Bauernschaft standen vor der Pleite, weil sie nicht wussten, wohin mit dem Segen ihrer Arbeit. Einkommen hätten damals kühn ausgeweitet werden müssen. Oder es hätte durch eine sehr gerecht fertigte Münzabwertung ein plötzlicher Preisdruck nach oben bewirkt werden müssen, wie ihn später Roosevelt in Amerika setzte. Im heutigen Frankreich liegen die Dinge ganz anders. Das Land leidet nicht an Ueberproduktion, sondern im Gegenteil, am Missverhältnis zwischen Erwerbung und Warenhunger. Vor allem andern muss die Produktion angekurbelt werden, ein Problem, das auch das Reich quälte, das aber ganz anders lag als heute in Frankreich. Hier fehlen nicht die Mittel, um zu kaufen, was verkäuflich in Massen vorhanden wäre... hier drohen Geldmittel den letzten Wert zu verlieren, weil es viel zu wenig zu kaufen gibt. Gouins Programm lautet da: Die vorhandenen Mittel müssen der Produktion dienen und zwar der notwendigen Produktion, welche nicht Waffen für die Armee nach dem Kopfe des Befreiungsars, sondern die Dinge des täglichen Gebrauchs herstellen. Und: Sie ins Land schafft, wo die französische Produktion nicht selbst sogleich zu erzeugen vermag.

Es gibt freilich Widersprüche, die man nicht ohne Interesse übersehen darf. Die Brechung des bürokratischen Systems in der Armeeverwaltung und in den übrigen sterilen Ressorts mag die Staatsbuchhaltung von hunderten von Millionen entlasten, welche einfach versickert und an einen Leerlauf vergeudet wurden. Und sie werden, wenn die Regierung durchgreift, dem Staate für die Ausführung produktiver Aufgaben zur Verfügung stehen. Die Einsparung von Gehältern durch Nichtbeförderung von Beamten aber kann sich nur dann rechtfertigen, gleichzeitig der Zerfall des Francs aufgehalten wird.

Frankreichs «außenpolitischer Verzicht»,

wie er im Gefolge einer Betonung der Innenpolitik ungesprochen in Erscheinung tritt, wird sich schon in nächster Zeit auswirken. Es ist zu erwarten, dass der beiliegende Außenminister Bidault in der «Uno-Versammlung» noch weniger als bisher hervortreten wird, und vor allem dass es still wird um die «Westblockpläne», deren schärfender Befürworter de Gaulle gewesen. Die im 20köpfigen Kabinett mit 6 Ministern vertretenen Kommunisten und die grösste Hälfte der Sozialisten, die 7 Mann stellen, strikte Gegner aller solchen Bemühungen, welche nur russische Misstrauen wecken und die Differenzen zwischen ihnen und den Angelsachsen verschärfen.

In London hat übrigens De Gaules Rücktritt wie ein Art Schreckschuss gewirkt. Man wurde inne, dass in verschiedenen kriegsgeschädigten Staaten Dinge vorgehen könnten, die allen Betrachtungen internationaler Art den Stempel der Lächerlichkeit und Ueberflüssigkeit aufdrücken müssten.

Im übrigen haben Russen und Angelsachsen sich eine klassische diplomatische Schlacht geliefert. Persien bringt in der «UNO» eine Klage vor. Die Anwesenheit russischer

Wir erinnern uns...

1942

31. Januar. Die Russenoffensive gegen Welikije Luki—Smolensk bleibt stecken, weil sich der Eckpfeiler Rschew hält.

2. Februar. Singapur, das heisst die Insel, wird von den Japanern beschossen, nachdem die Landverbindungen nach Johore unterbrochen wurden.

1943

27. Januar. Die 8. Armee nähert sich westlich von Tripolis der tunesischen Grenze.

29. Januar. In Deutschland haben sich alle 16- bis 65jährige zum Arbeitseinsatz zu melden.

1. Februar. General Paulus ergibt sich in Stalingrad mit insgesamt 130 000 Mann. Darunter

befinden sich 24 Generäle und 2500 Offiziere.

1944

31. Januar. Die Leningrad-offensive der Russen führt zum Rückzug der Deutschen an die estländische Grenze bei Narwa.

3. Februar. In Polen nehmen die russischen Spitzen Rowno und Lutzk.

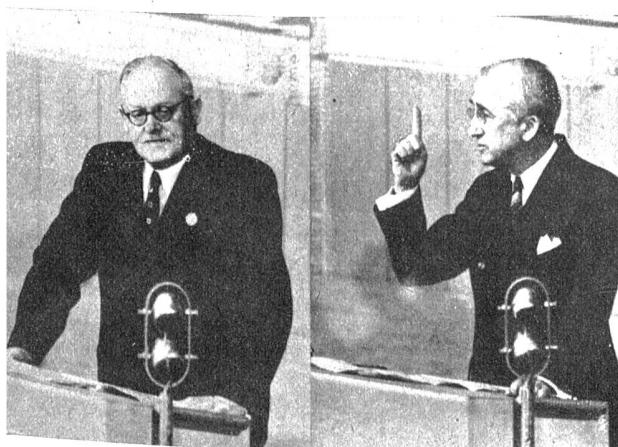
1945

1. Februar. Schukows Spitzen stehen 110 km vor Berlin. Die Oder wird westlich Breslau überschritten. Ostpreussen ist nach dem Fall von Elbing abgeschnitten. Thorn, Posen und Schneidebüttel sind eingeschlossen, Memel gefallen.



Felix Gouin, Frankreichs neuer Ministerpräsident

Der Präsident ist 1884 in Peypin geboren und war Mitglied der Widerstandsbewegung. (ATP)



Wyschinski droht, Byrnes warnt

Links: Die Reden der Delegationschefs der Grossmächte an der UNO-Tagung in London haben die schwachen Punkte der Grossmächte-Koalition aufgezeigt. Strittige Punkte bilden vor allem das Atomenergie-Problem und die iranische Frage, welche Wyschinsky nicht vom Sicherheitsrat behandelt wissen will. Unsere Aufnahmen: (links) Andrei Wyschinsky, der russische Hauptdelegierte und (rechts) James Byrnes. (Photopress)

Streiklawinen über Amerika

Amerika erlebt die schwersten Wirtschaftskämpfe und die ausgedehntesten Streiks seiner Geschichte. Die Arbeiter stellen Streikposten vor die Fabriken, um Streikbrecher am Gang zur Arbeit zu verhindern. In Los Angeles ist die mit Stahlhelmen und zum Teil mit Gasmasken ausgerüstete Polizei mit Tränengasbomben gegen die Streikposten vorgegangen. (ATP)

Truppen auf persischem Boden berge Gefahren in sich, weil sich diese Russen in die innerpolitischen Verhältnisse des besetzten Landes eingemischt hätten. Der Sicherheitsrat konnte nicht anders, als sich mit der Klage befassen. Darauf reichten die Russen eine «Gegenklage» wegen der Anwesenheit britischer Truppen in Indonesien und Griechenland ein, und in der polnischen Presse wurde bereits von einer Reklamation wegen der 100 000 nicht repatriierten Polen unter dem Befehl des russenfeindlichen Generals Anders, von der Tatsache, dass Großbritannien diese Polen besoldet, und von der Gefahr, welche eine solche Armee darstelle, geredet. Die angelsächsische Presse blieb die Antwort nicht schuldig und tönte nicht nur leise an, wieviele Russen sich auf dem Balkan befänden. Ungarn sei vollgestopft mit Einheiten, die aus der Tschechoslowakei zurückgezogen worden. Mehr als eine Million stünden allein in Ungarn und Rumänien. Die britische Besatzung in Hellas sei dagegen eine Kleinigkeit. Im übrigen beweise die Niederschlagung des Monarchistenaufstandes im Peloponnes durch Regierungstruppen, dass die Engländer auf keinen Fall die «Stütze der Faschisten» seien.

Bevor aber in London weitere «Gegenklagen», diesmal von britischer Seite, eingingen, trat in Teheran das Kabinett zurück und machte einem russenfreundlichen Ministerium Sultaneh Platz. Der neue Minister will mit den Russen direkt verhandeln, liess aber zunächst in London die Klage nicht zurückziehen. Man muss mit weiteren Überraschungen, vielleicht mit einem allgemeinen Umschwung im Lande des Schah rechnen. Eine «Demokraten-Regierung» der Tudeh-Leute und die Ausrufung eines Programms, welches wie in Aserbeidschan Bodenreformen und soziale Neuerungen erzwingen würde, liegt auf der Linie

der russischen Einwirkungen. Ein solch «demokratisches Persien» aber wäre Moskau viel wichtiger als die kleine aserbeidschanische Beute: Als prorussischer Pufferstaat im «Sicherheitsring».

Russland scheint zu hoffen,

dass nicht nur in Iran eine linksgerichtete Erhebung die Probleme zu seinen Gunsten lösen werde, sondern auch anderswo, an vielen Orten zugleich. *Die sozialen Probleme allenthalben sind seine wichtigsten Verbündeten.* Das wird man sich merken müssen. Bald verschaffen sie ihm, wenn sie sich so entwickeln wie in Aserbeidschan, oder übermorgen in ganz Iran, einen Verbündeten oder einen Schützling. *Bald legen sie einen Gegenspieler lahm... siehe das gaullistische Frankreich*, das sich gar nicht mehr an die Zeit zu erinnern schien, da ihm Moskau gegenüber den Amerikanern die Stange hielt, und das nun für die nächste Zeit erledigt zu sein scheint. Bald erschüttert *wenigstens eine grosse Streikwelle* die Standfestigkeit eines wichtigen Gegners, wie momentan drüben in USA.

Bis jetzt scheint es, dass keinerlei politische Infiltrierung der amerikanischen Streikbewegung durch die Russen stattfindet. Bei Chrysler, bei Ford, in der Fleischindustrie und bei den Eisenbahnen ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, und in der Stahlindustrie wird eifrig verhandelt.

Es wird auf USA, d. h. auf seine Regierung und auf seine Unternehmer ankommen, ob sich die Dinge nicht schliesslich doch so auswachsen, dass sie von selbst, ohne russische Wühlarbeit, zu lähmenden politischen Entzweigungen werden, wie sie Frankreich drohen, falls nach de Gaulle auch Felix Gouin scheitern sollte.